

## Behält Karl Marx doch Recht?

Hradil, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hradil, S. (2014). Behält Karl Marx doch Recht? [Rezension des Buches *Capital in the Twenty-First Century*, von T. Piketty]. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 63(3), 447-452. <https://doi.org/10.3224/gwp.v63i3.16718>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## Behält Karl Marx doch Recht?

*Stefan Hradil*

Seit etwa den 1980er Jahren nimmt die soziale Ungleichheit in den meisten anderen entwickelten Ländern wieder zu. Besonders deutlich wird das an der Spreizung der Einkommensverteilungen und – soweit dazu belastbare Befunde vorliegen – der Vermögensverteilungen. Zwar wächst hierzulande die Armut seit 2005 nicht weiter. Aber das liegt weitgehend am Rückgang der Arbeitslosigkeit und wird wohl am langfristigen Trend wenig ändern.

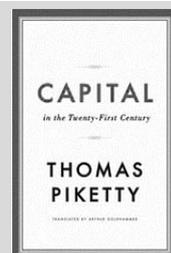
Während des halben Jahrhunderts zuvor, in der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre hinein, wurden die meisten industriellen Gesellschaften immer gleicher. Damals wuchsen die Mittelschichten. Armut nahm ab. Reichtum wurde diskret gelebt. Die Arbeitseinkommen wuchsen, auch im Verhältnis zu den Kapitaleinkommen. Das Leistungsprinzip kam voran. Die Industriegesellschaft wurde deshalb gefeiert.

Nochmals eine Epoche früher, in der Zeit vom Beginn der Industrialisierung bis in die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, wurden die entstehenden Industriegesellschaften immer ungleicher. Der Reichtum der neuen Fabrikherren stand dem Elend der vielen Land- und Fabrikarbeiter unübersehbar gegenüber. Viele von ihnen waren in der Hoffnung auf Lohn und Brot in die Industriezentren gekommen, um dem blanken Hunger auf dem Land zu entrinnen. Bis in die 1870er Jahre hinein drängten aber so viele in die noch wenigen Fabriken, dass sie ihre ländliche Not nur gegen eine industrielle eintauschen konnten. Karl Marx hatte also mit seiner Darstellung der sozialen Spaltung so unrecht nicht. Er führte die „soziale Frage“ bekanntlich auf die Grundlagen des kapita-



**Prof. em. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil**  
Universität Mainz, Institut für Soziologie

Thomas Piketty: *Capital in the Twenty-First Century*  
Harvard University Press, 696 pages, ISBN  
9780674430006



listischen Systems zurück. Mit der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft am Ende des 19. Jahrhunderts, erst Recht mit der industriegesellschaftlichen Angleichung der sozialen Verhältnisse im 20. Jahrhundert wurde der Kapitalismus dann immer seltener zur Ursache sozialer Ungleichheit erklärt.

Dass die Verhältnisse heute wieder ungleicher werden, ist mittlerweile weithin bekannt. An Literatur hierzu, auch an wissenschaftlichen Büchern, besteht wirklich kein Mangel. Seit wenigstens 20 Jahren analysieren Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler aus vielen Ländern die Fakten, entwickeln Erklärungsversuche, prüfen sie empirisch und sorgen sich über die Folgen der gesellschaftlichen Polarisierung.

Angesichts dieser seit Jahren bestehenden Aufmerksamkeit und der Fülle vorliegender Untersuchungen erstaunt es doch, dass seit Monaten ein sehr dickes Buch Furore macht, das ein französischer, bislang eher unbekannter Wirtschaftswissenschaftler im vorigen Jahr veröffentlichte. Zwar erzielte die französische Erstausgabe noch wenig öffentliche Resonanz, auch in Frankreich nicht. Aber die englische Übersetzung sorgte dann ab März 2014 für mächtigen Wirbel. Vortragsreisen des Autors in die USA, bis hin zum Beraterstab des amerikanischen Präsidenten, und in viele andere Länder, Interviews mit dem Verfasser allerorten, Stellungnahmen fast aller renommierten Wirtschaftswissenschaftler füllen seither die Gazetten und das Internet. Das Erscheinen der deutschen Ausgabe ist für Oktober 2014 angekündigt.

Möglicherweise hilft ein Blick auf den Inhalt des Buchs, um die mediale Aufregung zu verstehen. Piketty behauptet und belegt, dass seit mindestens drei Jahrhunderten in den USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland die Kapitalrenditen vor Steuern mit mehr als 4 Prozent weit höher waren als das Wachstum der Wirtschaft und der Arbeitseinkommen mit etwa 1,5 Prozent. Das Einkommen aus Arbeit hält also mit dem Einkommen aus bereits angehäuften Kapital nicht Schritt. Wer hat, dem wird gegeben, mehr gegeben jedenfalls als dem, der arbeitet. Der Autor sieht das als die Normalität des Kapitalismus. Der Wohlstandsabstand zwischen Kapitalbesitzenden und Arbeitenden wachse daher im Kapitalismus systematisch.

Dies sei nur zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg anders gewesen. Damals ließen Kriege und Wirtschaftskrisen die Kapitalbestände schmelzen. Danach erbrachte der Wiederaufbau ein sehr hohes Wachstum der Wirtschaft und der Arbeitseinkommen. Die Steuern auch auf Kapitalbesitz waren hoch. Die Kapitalrenditen nach Steuern sanken deutlich. Die Ungleichheit nahm ab. Die schlechten Zeiten waren also gute Zeiten für die Struktur sozialer Ungleichheit.

Seit etwa den 1970er Jahren diagnostiziert und für die Zukunft prognostiziert Piketty wieder einen wachsenden Abstand zwischen den Kapitalrenditen und dem Wirtschaftswachstum bzw. den Zuwächsen der Arbeitseinkommen, also eine wieder zunehmende Kluft zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Pikettys Daten zufolge machten in Deutschland Privatvermögen 1870 über 600 Prozent des Nationaleinkommens aus, 1950 weniger als 200 Prozent, heute schon wieder 400 Prozent.

Erben werde so zunehmend gewinnbringender als Arbeiten. Dem Leistungsprinzip laufe diese Entwicklung diametral entgegen. Als Heilmittel empfiehlt Piketty eine deutlich höhere Besteuerung der Reichen, wie es sie z.B. in der Nachkriegszeit selbst in den USA gegeben habe. Der Autor schlägt eine progressive Steuer auf Vermögensbestände vor. Sie solle bei einem Vermögen von 200.000 Euro mit einem Prozent beginnen, bei Vermögen von mehr als einer Million Euro auf zwei Prozent steigen und bei Milliardenvermögen bei zehn Prozent enden. Die Einkommenssteuer soll für Spitzenverdiener auf bis zu 80 Prozent steigen.

Piketty, Berater des französischen Staatspräsidenten und der Sozialistischen Partei Frankreichs nahe stehend, hat im eigenen Land genügend wirtschaftspolitisches Anschauungsmaterial, um zu wissen, dass er seinen Therapievorschlag nicht auf ein Land begrenzen darf. In Frankreich hat schon die Ankündigung drastischer Steuererhöhungen für Reiche so viel Kapital zur Flucht bewogen und so viele Investoren abgeschreckt, dass nicht zuletzt deswegen die wirtschaftliche Entwicklung stagniert. Piketty schlägt deshalb vor, die von ihm geforderten „Reichensteuern“ international abzustimmen.

Warum der multinationale Wirbel um dieses Buch? Dies erstaunt zunächst, denn die dargestellten Fakten überraschen Fachleute kaum. Dass die Kapitalrendite größer ist als das Wirtschafts- und Einkommenswachstum (Formel:  $r > g$ ), ist eine der Grundannahmen der neoklassischen Wachstumstheorie. Auch die Befürchtung, die Legitimationsgrundlagen der kapitalistischen Gesellschaft und der Demokratie würden untergraben, wenn die soziale Ungleichheit weiter wachse, ist weit verbreitet. Selbst die empfohlene Therapie ist nicht neu. Hohe Steuern auf Spitzeneinkommen und große Vermögensbestände werden von nahezu allen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas gefordert. Warum also die Aufregung?

Sieht man von externen Faktoren ab, beispielsweise vom Parteienstreit in den USA, wo vielen Demokraten dieses Buch in ihrem Kampf gegen die Republikaner gerade recht kommt, dann dürfte die Aufregung darauf zurückzuführen sein, dass viele Jahrzehnte nach Karl Marx nun wieder, und zwar von einem seriösen Wirtschaftswissenschaftler, die Grundprinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems für die systematische Auseinanderentwicklung der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Das zeigt sich auch darin, dass für Piketty die hohen Kapitalerträge und die daraus entstehende Vermögensungleichheit, nicht jedoch die hohen Spitzeneinkommen von Managern und die Ungleichheit der Arbeitseinkommen die Quelle des Übels darstellen. Zwar ist Piketty kein Marxist. Er bejaht durchaus Marktwirtschaft und Leistungsgesellschaft und will sie ihrer Vorteile wegen erhalten. Er prognostiziert auch nicht, dass der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen notwendigerweise zugrunde gehen wird. Dennoch ist sich Piketty unübersehbar bewusst, dass er in gewisser Weise in die Fußstapfen von Karl Marx tritt. Schon auf dem Buchumschlag prangen die Worte „Das Kapital“ in großer, roter Schrift, während das „21. Jahrhundert“ mit sehr kleinen Buchstaben vorlieb nehmen muss. Piketty weiß, dass er wieder den Kapita-

lismus an sich als Ursache des wachsenden Ungleichheitsproblems ausgemacht hat, während fast alle seine Fachkollegen heute den technologischen Wandel für ursächlich halten, der die Nachfrage nach höheren Qualifikationen steigen lässt (These des „skill-biased technological change“). Genau dies führt bei Vielen zur mehr oder minder banger Frage, ob Piketty Karl Marx nach über 150 Jahren nun doch Recht geben will, ob Marx letzten Endes vielleicht doch Recht hat. Dies dürfte die eigentliche Ursache der medialen Aufregung sein.

Entsprechend fallen die Reaktionen aus. Im politischen Raum mögen Sozialisten Pikettys Buch in der Regel, Konservative schon weniger und Liberale überhaupt nicht. Allerdings lassen Wissenschaftler, insbesondere Wirtschaftswissenschaftler, fast ausnahmslos an Pikettys Buch kein gutes Haar, auch die Wissenschaftler nicht, die politisch mit ihm sympathisieren. (Zu den Ausnahmen zählen die US-amerikanischen Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz. Sie setzen sich entschieden für die Demokratische Partei ein.)

Einige der wichtigsten Einwände von Wissenschaftlern sind die folgenden. Beginnen wir mit Pikettys *theoretischen Grundlagen*:

Er macht die Zunahme sozialer Ungleichheit an der Kapitalrendite fest. Die im Verhältnis zu Wirtschaftswachstum und Erwerbseinkommen wachsenden Kapitalerträge und -bestände hält er für die zentrale gesellschaftliche Disparität. Die Spreizung der Arbeitseinkommen, das heißt den Anstieg der Spitzeneinkommen von Managern einerseits, die Vermehrung von Niedriglöhnen andererseits, hält er demgegenüber für zweitrangig. Dagegen lässt sich einwenden, dass heutzutage nur eine verschwindend kleine Minderheit primär von Kapitaleinkünften lebt, die weit überwiegende Mehrheit dagegen hauptsächlich von Arbeitseinkommen. Sie erleben deren Auseinanderdriften jeden Tag, kaum jedoch den Abstand zu den Kapitaleinkommen.

Politisch so unterschiedlich ausgerichtete Ökonomen wie Kenneth Rogoff, Hans-Werner Sinn und Peter Bofinger bezweifeln, dass eine dauerhaft höhere Kapitalrendite zur Akkumulation und Zentralisation von Kapital und somit zu wachsender personeller Ungleichheit führen muss, wie Piketty dies annimmt. Kapital werde zwar oft vererbt, da habe Piketty Recht. Es wird dabei aber oft geteilt. Und Kapital wird häufig aufgezehrt, verschwendet oder es fällt Fehlspekulationen und unternehmerischen Risiken zum Opfer. Die Frage ist also, wie weit die überproportionale Kapitalrendite für Verteilungsfragen überhaupt relevant ist. Diesen Aspekt des Übergangs von einer funktionalen zu einer personellen Verteilung übergeht Piketty völlig.

Gehen wir weiter zu Einwänden gegen Pikettys *Methoden*:

Da er die Ungleichheit der Kapitalrenditen und -bestände in vielen Ländern und über Jahrhunderte hinweg mangels Daten nicht direkt feststellen kann, misst er sie hauptsächlich mittels Einkommenssteuerstatistiken. Dabei hängt Piketty so sehr von den historischen und internationalen Varianten der Steuergesetzgebung ab, über die man häufig wenig weiß, dabei reißt jede Steuervermeidung und jede Schwarzarbeit Lücken in seine Befunde, dass seine Befunde als sehr ungenau gelten.

Zahlreiche Ökonomen kritisieren auch, dass die von Piketty erfassten Vermögensbestände überwiegend Immobilienbesitz darstellen und an (besteuerten) Hauspreisen gemessen werden. Die Ertragsfähigkeit von Immobilien spiegle sich indessen nicht in Kauf-, sondern hauptsächlich in Mietpreisen. Sie lassen das Wachstum der Kapitalrenditen aber weit geringer ausfallen.

Kommen wir zu Einwänden gegen die von Piketty befürchteten *Folgen* der Vermögensungleichheit und gegen die vorgeschlagene *Therapie*, um diese negativen Folgen zu vermeiden.

Gegen Pikettys Therapie einer hohen nationalen Besteuerung von Vermögenden wird immer wieder ins Feld geführt, dass die Neigung, im eigenen Land zu investieren, und damit die Dynamik des Wirtschaftens darunter leiden. Investiert werde stattdessen im niedriger besteuerten Ausland. Nicht zuletzt, weil dies antizipiert wird, sehen ja viele Regierungen, auch sozialdemokratische, von einer energischen Besteuerung der Kapitalbestände ab.

Genau deswegen schlägt Piketty vor, „Reichensteuern“ international anzugleichen. Dagegen wird freilich resigniert eingewendet, dass die Realisierungschancen ausgesprochen schlecht seien, obwohl globale Steuervereinbarungen schon sehr oft vorgeschlagen wurden. Selbst das Austrocknen krasser Steueroasen sei bislang erst teilweise gelungen. Solange internationale Steuerharmonisierungen jedoch nicht flächendeckend durchgesetzt seien, schaden sie mehr, als sie nutzen, auch im Sinne von Angleichungsbestrebungen.

Aber auch Pikettys eigene historische Einordnung stimmt bedenklich hinsichtlich der Durchsetzbarkeit von „Reichensteuern“. Von ca. 1910 bis etwa 1970 sei die Ungleichheit zurückgegangen, unter anderem weil die Besteuerung des Kapitals sehr hoch war. Diese hohen Steuern seien zustande gekommen, weil Krisen, Kriege und Kriegsfolgen damals hohe Aufwendungen der Nationalstaaten nötig machten. Die Besteuerung hoher Kapitalbestände, die Piketty seinen Lesern heute als nachhaltiges Mittel zur Zähmung des Kapitalismus auch in guten Zeiten empfiehlt, war also seiner eigenen Diagnose zufolge bisher nur in schlechten Zeiten durchsetzbar, als allen die Notwendigkeit öffentlicher Leistungen vermittelbar war und als Globalisierung die Handlungsfreiheit der Einzelstaaten noch kaum einschränkte. Piketty schreibt wenig dazu, wie unter heutigen Umständen eine hohe Kapitalbesteuerung realisierbar wäre. Seine eigene Darstellung weckt also Zweifel, wie unter heutigen Bedingungen „Reichensteuern“ in dem Ausmaß realisierbar sein könnten, das dem Autor vorschwebt.

Noch viel aufschlussreicher scheint mir zu sein, die gesellschaftlichen Folgen und Probleme wachsender sozialer Ungleichheit zu reflektieren, die Piketty sieht und ihn zu radikalen Besteuerungsforderungen veranlassen.

Piketty geht (ähnlich wie Karl Marx) davon aus, dass zunehmende soziale Ungleichheit negative Erfahrungen für viele Menschen hervorruft, auf Dauer die Legitimationsgrundlagen des Zusammenlebens zerstört, öffentliche und politische Konflikte schafft und so die Stabilität von Gesellschaften gefährdet. Auffällig ist allerdings, dass der Autor auf diese Zusammenhänge wenig ein-

geht. Daher berührte die Debatte um sein Werk auch diese Punkte wenig, und der Rezensent ist weitgehend auf eigene Einschätzungen angewiesen.

Unterteilt man destruktive Folgen wachsender sozialer Ungleichheit in die Bereiche der Politik, des Arbeitslebens und des sonstigen Alltags der Menschen, so zeigt sich, dass Piketty vor allem die politischen Konsequenzen am Herzen liegen. Er befürchtet, dass immense Vermögen viel politischen Einfluss verschaffen und so letzten Endes die Demokratie aushebeln werden. Inwieweit dies geschieht, hängt zwar auch von den jeweiligen politischen Regeln und Institutionen ab. Insgesamt wird man aber sagen müssen, dass an diesen Befürchtungen des Autors sicher „etwas dran“ ist.

Destabilisierende Wirkungen wachsender sozialer Ungleichheit im Bereich des Arbeitslebens hält Piketty für zweitrangig. Das kann man durchaus bezweifeln. Tarifangestellte im Bankwesen zum Beispiel, die angesichts schlechter Ergebniszahlen heute häufig um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, bemerken durchaus die steigende Höhe der Gehälter und Bonuszahlungen an Spitzenmanager, obwohl deren Leistungen gemessen an Aktienkurs und Unternehmensergebnis offenkundig nicht gut waren. Das trägt mit Sicherheit nicht zur sozialen Stabilität bei.

Was schließlich das außerberufliche Alltagsleben in modernen kapitalistischen Gesellschaften angeht, so zeigt sich, dass sich die negativen Folgen wachsender sozialer Ungleichheit so schnell nicht einstellen, wie Piketty offenbar befürchtet. In diesem Bereich werden wachsende Ungleichheiten im Kapitalismus legitimatorisch durchaus bewältigt, dabei überwiegend privat und nicht etwa öffentlich-politisch abgearbeitet und von den Einzelnen oft sogar als attraktiv angesehen. Es gibt daher manche Anzeichen, dass die von Piketty von vornherein als destabilisierend eingestufte Kraft wachsender Ungleichheit teilweise sogar stabilisierend wirkt.

Dass wachsende Ungleichheiten die Gesellschaft sogar integrieren können, zeigt sich beispielsweise im Konsum, wo den Einzelnen immer wieder Belohnungen und Ziele des Begehrens vor Augen geführt werden. Entweder können sich die Menschen durch Kauf Befriedigungen verschaffen, oder es bleiben ihnen immerhin Objekte der Sehnsucht, kaum aber der Frustration. Salopp formuliert: Ein Kleid von Chanel hinter der Schaufensterscheibe oder der Ferrari vor der Villa eines „Reichen“ ist für viele, auch unter denen, die sich beides nicht kaufen können, keineswegs ein gesellschaftszersetzendes Ärgernis, sondern oft genug Objekt der Bewunderung und nicht selten auch des eigenen Strebens.

Piketty jedoch schließt von wachsender Ungleichheit umstandslos auf Frustration und gesellschaftlichen Zerfall. Wir haben nun drei Jahrzehnte wachsender Ungleichheit erlebt. Wenig spricht dafür, auch nicht die Wahlergebnisse der letzten Zeit, dass unsere Gesellschaft deswegen im Begriff ist zu kollabieren.